

AMF Capital :

Katalonien - richtungsweisende Entscheidung am Dienstag?

Frankfurt am Main, 9. Oktober 2017 –

Die Risiken des Unabhängigkeitsbestrebens der Katalanen sind für die Zukunft der Europäischen Union vergleichbar mit den Risiken des Brexit, des Grexit oder der Ablehnung der neuen EU-Verfassung in Frankreich oder den Niederlanden 2005. Die Europäische Union steht erneut an einem Scheideweg der Gemeinschaft und der Solidarität. Bisher haben die Finanzmärkte verhalten auf die Risiken der nationalen Bewegung reagiert. Werden die Risiken unterschätzt oder erwartet der Finanzmarkt eine gütliche Einigung?

Sollte es am Dienstag zur einseitigen Unabhängigkeitserklärung Kataloniens kommen, kann es an den europäischen Finanzmärkten zu einer starken Verunsicherung kommen.

Aus unserer Sicht spekulieren die Finanzmärkte jedoch, dass es am Dienstag zu keiner Unabhängigkeitserklärung kommen wird. Dennoch bleibt ein Restrisiko für die Europäische Union, dass sich die Situation in den nächsten Wochen weiter zuspitzt und es zu erheblichen politischen Unruhen in Spanien kommt, welche starke Auswirkungen auf die europäische Wirtschaft, die Europäische Union und auf den Euro haben würden.

Die Regionalregierung Kataloniens sieht zwar eine Mehrheit der Katalanen hinter sich, dennoch ist ein Einlenken der spanischen Regierung sowie der Europäischen Union eher unwahrscheinlich.

Es ist hinreichend bekannt, dass das Spanische Verfassungsgericht die Unabhängigkeitsabstimmung für verfassungswidrig erklärt hat. Dennoch plant die Regionalregierung unter der Führung des katalanischen Ministerpräsident Carles Puigdemont für Dienstag, den 10. Oktober, eine Sitzung des Regionalparlaments einzuberufen und möglicherweise die Unabhängigkeit Kataloniens zu erklären. Es besteht allerdings Hoffnung, dass die Regionalregierung die Aussichtslosigkeit einer Unabhängigkeitserklärung am Montag erkennt und wieder an den Verhandlungstisch zurück kehrt.

Der Zugang zu den Wahllokalen am 1. Oktober wurde durch spanische Sicherheitskräfte stark eingeschränkt, sodass nicht von einer freien Wahl und einem uneingeschränkten Wahlrecht gesprochen werden kann. Selbst wenn sich aus dem Abstimmungsverhalten am Sonntag eine grundsätzliche Zustimmung der Mehrheit der Katalanen zur Unabhängigkeit vermuten ließe, ist und bleibt das Wahlergebnis nicht repräsentativ, da es nicht das Ergebnis von freien und unabhängigen Wahlen ist.



Die Europäische Union sowie die internationale Staatengemeinschaft, bleibt keine andere Wahl, als eine solche Unabhängigkeitserklärung Kataloniens für unrechtmäßig zu erklären. Jede unabhängige Wahlbeobachtung sowie jegliche zukünftige Kritik an Wahlverfahren und Ergebnissen in der Welt würden sofort unglaubwürdig.

Eine Unabhängigkeitserklärung würde zu einer deutlichen Ablehnung und einer Verhärtung der Verhandlungen führen.

Aufgrund der engen Kapitalverflechtung der spanischen Zentralregierung und Kataloniens, werden speziell die Rentenmärkte nervös reagieren. Eine Abspaltung impliziert, dass Katalonien nicht mehr Mitglied der Europäischen Union sein würde und die Wirtschaftskraft Spaniens und Kataloniens deutlich abnimmt. Die Ratingagenturen haben bereits ihre Warnungen zur Verschlechterung der Bonität ausgesprochen.

Auch der Aktienmarkt würde empfindlich reagieren, so sind nicht nur spanische Unternehmen von einer ungewissen Zukunft betroffen, sondern vielmehr würde der Zusammenhalt der Europäischen Union erneut in Frage gestellt werden. Schon jetzt haben mehrere Unternehmen – unter anderem auch große spanische Banken - mit einer Sitzverlagerung in andere spanische Städte gedroht.

Es bleibt zu hoffen, dass die katalanische Regionalregierung, sich der fehlenden rechtlichen Grundlage für eine Unabhängigkeit aufgrund der Abstimmung am 1. Oktober und der daraus resultierenden Konsequenzen bewusst ist, zunächst wieder an den Verhandlungstisch zurück kehrt.

Im Notfall könnte die spanische Zentralregierung auch den in der Verfassung verankerten Artikel 155 in Betracht ziehen, der es der Regierung ermöglichen würde, die Regionalregierung zu entmachten und die Kontrolle über die autonome Region zu übernehmen.

Ziel von weiteren Gesprächen muss ein Verbleib Kataloniens in Spanien sein. Mehr wirtschaftliche Autonomie, ähnlich den Vereinbarungen mit Navarra oder dem Baskenland, sind vorstellbar. Ein wichtiger Schritt zur Versachlichung könnten Neuwahlen der Regionalregierung darstellen. In diesem Fall könnten die Parteien klar mit Ihrer Zukunftsversion Kataloniens für sich werben und auch mit dem daraus entstehenden demokratischen Auftrag für ihre Politik gestalten.

Während wir davon ausgehen müssen, dass sich die Spannungen in Spanien in naher Zukunft fortsetzen werden, rechnen wir letztendlich doch mit einer für beide Seiten akzeptablen Lösung, die Katalonien ein höheres Maß an Autonomie zugestehen wird und gleichzeitig die Einheit Spaniens und der EU sicher stellen.

**Kontakt:**

AMF Capital AG
Oliver Heidecker
Eschersheimer Landstraße 55
60322 Frankfurt am Main

Tel. 069 / 50 95 12 - 540

E-Mail: presse@amf-capital.de

Über AMF Capital AG:

Kernkompetenz der AMF Capital AG sind Publikums- und Spezialfonds sowie Beratungsmandate, die Rendite mit minimiertem Risiko verbinden und den Substanzerhalt des investierten Kapitals in den Vordergrund stellen. Die AMF Capital AG ist ein partnerschaftlich und inhabergeführtes Unternehmen. Alle Partner verantworten im Unternehmen eigene Arbeitsbereiche und verfügen über eine jahrzehntelange Erfahrung im Asset Management. Die Bankenunabhängigkeit gibt Freiraum für das Denken und Handeln und ist die Voraussetzung für eine fundierte Chancen- und Risikoanalyse der Anlagen. Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Frankfurt am Main.

Eschersheimer Landstrasse 55, 60322 Frankfurt
Registergericht Frankfurt, HRB 99856
Vorstand: Oliver Heidecker, Allan Valentiner